

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik

Hintergründe
zum «Gender-Tag»
von Lukas Bubb

Seite 2

Kanton Zürich

Neue Bau-Subventionen
dank FDP
von René Isler

Seite 3

Aktuell

Geschichtsleugnung
durch Mitte-Links
von Christoph Blocher

Seite 4–5

Parlamentsgemeinden

Verkehrspolitik:
Uster imitiert Zürich
von Benjamin Streit

Seite 6

Veranstaltungs-Tipp

Affoltern:
Podium mit
Nationalräten

Seite 8

SICHERHEITSPOLITIK

Es herrscht Krieg in Europa – Die Schweiz braucht eine starke Armee

Der russische Krieg gegen die Ukraine zwingt uns, umzudenken. Die linken Utopien, die seit dem Ende des Kalten Krieges unsere Sicherheitspolitik mitprägten, haben den Realitätscheck nicht bestanden. Jetzt gilt es, die Bereitschaft und Ausrüstung unserer Armee sicherzustellen.

Es herrscht Krieg in Europa. Eine menschliche Tragödie, welche sich vor unserer Haustür abspielt, 1500 km von der Schweiz entfernt. Ein Umstand, welcher in unseren Köpfen kaum vorstellbar war und Angst auslöst. «Territoriale Angriffskriege sind kein realistisches Szenario». Diesen Satz sagte eine Sprecherin der SP-Fraktion 2020 im Nationalrat.

Ende der linken Sicherheitspolitik

Immer noch sagen sogenannte Sicherheitspolitikerinnen und Sicherheitspolitiker der SP und Grünen öffentlich, die Zeit von Panzerschlachten sei vorbei. Gleichzeitig beantragten die linken Parteien, das Armeebudget der Schweiz massiv zu kürzen. Zudem unternehmen sie alles, um den personellen Armeebestand zu verkleinern. Im Parteiprogramm der SP ist die Armeeabschaffung ein wesentlicher Bestandteil. Spätestens mit dem Ukraine-Krieg sollte auch den letzten linken Utopisten klar werden: Die Schweiz braucht eine starke Verteidigungsarmee, welche bereit ist, unser Land zu schützen



Mauro Tuena
Nationalrat SVP
Zürich

und zu verteidigen. Im Krisen-, Konflikt- oder Kriegsfall muss die Schweiz notfalls in der Lage sein, sich selbst zu schützen und zu verteidigen. Im Ernstfall wäre die Schweiz auf sich alleine gestellt. Deshalb brauchen wir eine Miliz-Armee, die ihre Aufträge gemäss Artikel 58 Absatz 2 der Bundesverfassung erfüllen kann.

Einsatzbereitschaft sicherstellen

Abgeleitet von diesen Aufträgen sowie unter Berücksichtigung der möglichen Bedrohungen bis hin zum bewaffneten Konflikt ist die entsprechend notwendige personelle Alimentierung wie auch die materielle Ausrüstung politisch sicherzustellen. Der taktische und operative Ausbildungsstand, welcher zur unabdingbaren Fähigkeit zum Einsatz der verbundenen Waffen befähigt, ist mittels regelmässiger Volltruppenübungen zu überprüfen. Damit die Armee als letzte Sicherheitsreserve des Landes auch nach lediglich kurzer Vorbereitungszeit einsatzbereit ist, müssen im Rahmen solcher Volltruppenübungen sämtliche militärischen Stufen (Soldaten, Kader und politische Führung) zusammen mit den zivilen Partnern regelmässig beübt und beurteilt werden. Unter der Leitung der Armee fand in den letzten Tagen in Zusammenarbeit mit den zivilen Partnern die Grossübung LUX23 statt, welche von der Bevölkerung mit sehr viel

Goodwill und Interesse beobachtet wurde.

Für den Bundesrat muss die Sicherheit unseres Landes oberste Priorität haben. Die Politik hat sicherzustellen, dass die Schweiz über die notwendigen Einrichtungen, Mittel und Fähigkeiten verfügt, damit kurz-, mittel- und langfristige Bedrohungen verhindert werden können und die Schweiz dagegen verteidigt werden kann.

Unser Land muss am Prinzip der immerwährenden bewaffneten Neutralität sowie dem Angebot guter Dienste festhalten. Neutralität bedeutet auch, dass sich die Schweiz keinen Militärbündnissen wie etwa NATO oder PECO annähern oder gar Mitglied werden darf. Die SVP wird alles unternehmen, solche Tendenzen bereits im Keime zu ersticken. Nötigenfalls ist hier sicherlich ein Referendum zu ergreifen.

Aufrüstung statt Abrüstung

In den letzten Jahren wurde neben den Kosten auch die Anzahl Armeeangehöriger stark reduziert. Vor 1995 zählte die Armee noch 600 000 Personen. Mit der Armee 21 im Jahr 2004 sank die Zahl auf 200 000 Personen. Heute sind wir, aufgrund der WEA, der Weiterentwicklung der Armee im Jahr 2018, bei 100 000 Armeeangehörigen. Die SVP hat die Probleme erkannt und rasch reagiert. So verlangen wir die Aufstockung des Armeebudgets bis 2030 auf



Die Armee muss auch in Zukunft einsatzbereit bleiben. Bild: Übung der Schweizer Armee im Jahr 2012. Bild: Wikipedia

mindestens 1 Prozent des BIP, das entspricht heute 7 Milliarden Franken, also 2 Milliarden mehr als jetzt. Dabei gilt es, die Waffensysteme unserer Armee zu modernisieren und dem heutigen Stand anzupassen. Dabei müssen alle verschiedenen Angriffsarten in diese Überlegungen miteinbezogen werden.

Ebenfalls ist die Anzahl Militärdienstpflichtiger von heute rund 100 000 Personen auf mindestens 120 000 zu erhöhen. Wichtig ist dabei, dass jedem Angehörigen der Armee eine Vollausrüstung zur Verfügung gestellt werden kann. Die SVP steht ein für eine sichere Zukunft in Freiheit. Tragen wir Sorge zu unserem Land!

Noch mehr bezahlen?

Das sogenannte «Klimaschutz-Gesetz» ist ein Stromfresser-Gesetz!

Das «Klimaschutz-Gesetz» ist in Wahrheit ein Stromfresser-Gesetz. Es zwingt uns dazu, den CO₂-Ausstoss auf null zu reduzieren. Das geht nur mit einem **Verbot von Heizöl, Gas, Diesel und Benzin!**

Wir müssen also 60 % unseres Energieverbrauchs durch Strom ersetzen – **dabei haben wir bereits zu wenig und zu teuren Strom!**

6'600 Franken Mehrkosten pro Person/Jahr!

Mit diesem Gesetz sind Heizen und Autofahren nur noch elektrisch möglich. **Das heisst massiv mehr Strombedarf und Tausende Franken Mehrkosten!**

Gemäss einer ETH-Studie werden sich die Energiekosten für jeden Einzelnen von uns verdreifachen! **Das bedeutet 6'600 Franken Mehrkosten pro Person im Jahr** oder 550 Franken pro Monat! Mit diesem Gesetz werden Strom und Energie zum Luxus für Reiche.

Sinnlos unsere Natur verschandeln?

Woher soll der zusätzliche Strom kommen? **Wie sollen wir rund 60 % des Schweizer Energiebedarfs durch Strom ersetzen?**

Laut Berechnungen braucht es dafür zusätzlich **17 Wasserkraftwerke, rund 5'000 Windräder und 70 Millionen Quadratmeter Solaranlagen!** Das führt zu einer Verschandelung der Landschaft. Trotzdem werden wir im Winter zu wenig Strom haben.



Christoph Mörgeli

Das Beste aller Argumente?

Alle Wissenschaftler wissen es. Alle Politiker wissen es. Alle Journalisten wissen es. Die Klimavorlage vom 18. Juni nützt dem Klima null und nichts. Führende Klimaforscher haben nachgewiesen, dass die Schweiz in den letzten 120 Jahren knapp 0,002 Grad zur weltweiten Erwärmung beigetragen hat. Um die Kosten für das angestrebte Ziel «Netto-Null CO₂» von 387 Milliarden Franken und das Vorangehen der kleinen Schweiz dennoch zu rechtfertigen, müssen sich die Befürworter der Vorlage ein wirklich gutes Argument ausdenken.

Mitte-Präsident Gerhard Pfister formulierte es gegenüber Dominik Feusi vom «Nebelspalter» so: «Ihr Beitrag ans Steuersubstrat der ganzen Schweiz ist bescheiden. Trotzdem sagen Sie nicht, ich zahle keine Steuern, denn auf meinen kleinen Betrag kommt's nicht an.» Genau so sei es bei der Klimapolitik: «Es geht nicht darum, ob unser Beitrag matchentscheidend ist, sondern, dass wir unseren Beitrag leisten, dort wo wir können.» Wenn die Schweiz nicht mitmache, hätten andere erst recht eine Ausrede, nicht mitzumachen.

Bei den CO₂-Zielen müsse auch der Kleinstaat mitmachen, genau wie der Kleinbürger Steuern zahlen müsse. Diesen Vergleich hört man von Befürwortern des Klimagesetzes landauf, landab. Nur: Sämtliche Geringverdiener würden ihre Steuerleistung augenblicklich einstellen, wenn die Reichen und Mächtigen sagen würden: «Wir haben nichts dagegen, wenn ihr Kleinen brav Steuern bezahlt. Aber wir Grossen machen da nicht mit, wir schauen lieber, wie wir noch mehr Geld scheffeln können!»

Genauso aber tun es die Hauptverursacher in der Klimafrage. Sie denken nicht daran, ihren Anteil an die Reduktionsziele zu leisten. Die drei grössten Verursacher des menschengemachten CO₂-Ausstosses – nämlich die USA, China und Indien – reden nie über eine Reduktion, sondern nur darüber, wie stark ihr CO₂-Ausstoss weiter anwachsen wird. Sie verweigern sich dem Mitmachen. Wenn sie jetzt mit unseren guten, grossen Steuerzahlern gleichgesetzt werden, ist das gewiss kein Totschlagargument. Sondern höchstens ein Totlachargument.

RADIKALE GENDER-IDEOLOGIE

Hintergrund zur Affäre um den Gender-Day in Stäfa

Lukas Bubba
Präsident SVP Stäfa
Stäfa

Am 9. Mai um 08.01 Uhr erhalte ich den Infobrief der Schule Stäfa an Schüler einer Sek-Klasse, in der über den «Gender-Tag» informiert wird. Auf dem Brief finden sich das Transsexuellen-Zeichen, Gendersternen und der Hinweis, dass die Teilnahme obligatorisch sei. Der Brief wurde innert Stunden tausendfach verschickt, geteilt, kommentiert.

Kunde verbreitet sich bereits vor Glarner schlagartig

Der Aargauer Nationalrat Andreas Glarner verlangt am Abend die Absetzung der Schulleitung. Als Präsident der SVP Stäfa suche ich zuerst den Kon-

takt zur Schulpflege, um herauszufinden, ob das Schreiben echt ist – und wenn ja, was an dem Tag genau geplant ist. Als Partei bereiten wir eine entsprechende schriftliche Anfrage an die Schulpflege vor, die um 20.00 Uhr verschickt wird. Als Weltwoche-Journalist nimmt Christoph Mörgeli das Thema auf, am nächsten Morgen spricht auch Roger Köppl in seinem «Weltwoche Daily» über die ideologische Indoktrination der Jugendlichen.

Alles nur Panikmache?

Die sozialen und klassischen Medien nehmen das Thema dankbar auf, die Stäfner Schulpflege relativiert: Den Tag gebe es seit zehn Jahren. Inhalte wie gesellschaftliche Rollenbilder, Stereotypen und Beziehungen seien allesamt Teil des Lehrplans 21. Regierungsrätin Silvia Steiner (Mitte) und die Presse übernehmen die beschwichtigende Darstellung dankbar: Die SVP rege sich wieder einmal über nichts auf. Ein

Sturm im Wasserglas also? Genau hinschauen lohnt sich! Laut Bericht von Schülerinnen, die den Stäfner Gender-Tag letztes Jahr besucht haben, sei eben nebst Eifersucht, Verhütung, das Verschicken von Nacktfotos und Pornokonsum auch über «verschiedene Formen von Gender» gesprochen worden. Ich bin gespannt auf die schriftliche Stellungnahme der Schulpflege zu unserer offiziellen Anfrage. Es gehen unzählige Schriften und Anrufe bei der SVP Stäfa ein, grossmehrheitlich positiv. Von Gewaltandrohungen gegen Schulangestellte müssen wir uns distanzieren, so wollen wir in der Schweiz nicht miteinander umgehen.

Medien schlachten Meinungsverschiedenheiten aus

Die Aufforderung des Aargauer NR Andreas Glarner, die Schulleitung zu entlassen, sorgt für Verärgerung. Volksschule ist Kantons- und Gemeindegeschichte, als Nationalrat bewegt er sich

auf einer anderen Flughöhe. Eine Anfrage der Sonntagszeitung an die Ortspartei zum unterdessen ab-gesagten Gender-Tag wird beantwortet: (1) Wir begrüssen die Absage und dass das Format grundsätzlich hinterfragt wird. (2) Mit der Forderung, die Schulleitung in einer Gemeinde abzusetzen, habe NR Glarner die falsche Flughöhe erwischt, im Übrigen teilen wir aber seine Meinung. Der Widerstand der SVP gegen diese sich schweizweit einschleichen den Tage ist richtig. (3) Gewaltandrohungen gegen die Schulleitung sind falsch. (4) Wir warten die Rückmeldung der Schulpflege auf unsere Fragen ab. (5) Glarner und Köppl sind keine Hetzer, sie haben keinen Anteil an den Gewaltandrohungen Dritter.

Partei-interne Kritik wird von den Medien natürlich sehr dankbar aufgenommen. Entsprechend verbreitet die Sonntagspresse, die SVP Stäfa kritisiere Glarner. In der Sache herrscht aber Einigkeit. Wir bleiben am Ball.

AUS DER REDAKTION

Gender-Day in Stäfa – Betrachtungen

Die Woke-Linken missbrauchen der Schulen zur Verbreitung der Gender-Ideologie. Das ist gefährlich.

Diese Woche plante die Gemeinde Stäfa einen «Gender-Tag» für Schüler der 2. Sekundarstufe. Rasch zirkulierte die «Einladung» zum Pflichtanlass auf den sozialen Medien und führte zu Empörung. Auch zu Drohungen gegen die Schule soll es gemäss der Gemeinde gekommen sein. Solche Drohungen und Gewaltauftrufe, die freilich noch nicht von unabhängiger Seite bestätigt wurden, sind unmissverständlich abzulehnen. Gleichzeitig muss die SVP deutlich machen, dass Proteste eine Form legitimer Meinungsäusserung sind. Die Rotgrünen dagegen lehnen die Meinungsfreiheit ab. Für sie ist jede Form nichtlinker Meinungsäusserung «Hetze». Diese Botschaft wurde vorige Woche leider zu spät kommuniziert.

Ohne rechtliche Grundlage

Entgegen der Medienmitteilung gab es für diesen sogenannten «Gender-Day» keine rechtliche Grundlage: Der Lehrplan 21 sieht eine Diskussion der Rol-

lenbilder vor und möchte vermitteln, «dass Mädchen/Frauen und Jungen/Männer dieselben Rechte haben». Das heisst: Der Lehrplan leugnet nicht die Existenz von zwei biologischen Geschlechtern, wie es die radikale Gender-Ideologie tut. Ziel des obligatorischen «Gender-Tags» war es nämlich eindeutig, die Sek-Schüler und -Schülerinnen missbräuchlich und ohne Zustimmung der Eltern mit der radikalen Gender-Ideologie zu indoktrinieren.

Laut dem Elternbrief, der der SVP vorliegt, sollten die Schüler am Anlass «Fachwissen zum Thema Gender» erhalten und offen über «Geschlechtsidentität» diskutieren. Kinder, die den «Gender-Tag» letztes Jahr besuchten, berichteten, dass sie von externen Organisationen unterrichtet wurden. Eine Anfrage der SVP an die Gemeinde Stäfa, ob dies auch dieses Jahr der Fall war, ist noch unbeantwortet. Die radikale Gender-Ideologie behauptet ohne wissenschaftliche Basis, dass es mehr als zwei

biologische Geschlechter gibt. Ebenso haltlos ist ihre Behauptung, es gebe sehr viele Menschen, darunter auch Kinder, bei denen die «Geschlechtsidentität» nicht mit ihrem biologischen Geschlecht übereinstimme. In Wirklichkeit ist die Zahl tatsächlich geschlechtsdysphorer Menschen in der Schweiz, also Menschen, die von einer Geschlechtsidentitäts-Störung betroffen sind, sehr klein. Nur einige hundert Menschen dürften davon betroffen sein. Die SVP stellt deren bürgerliche Rechte nicht infrage. Die Woke-Linke dagegen massiert sich an, in ihrem Namen zu sprechen, ohne sie je dazu befragt zu haben, um einen Generalangriff auf die Werte unserer Gesellschaft zu lancieren.

Gefahr für die Kinder

Diese linken Irrlehren, die ursprünglich aus den geisteswissenschaftlichen Abteilungen amerikanischer Universitäten stammen, sind nicht ungefährlich. Kinder und Jugendliche lassen sich

leicht durch Indoktrinierungsprogramme wie jenes in Stäfa und durch Gruppendruck beeinflussen. In den USA und in England wurden viele tausend Kinder durch Geschlechtsumwandlungen und durch den Einsatz von Medikamenten, die die Pubertät verhindern (sogenannte Pubertätsblocker), unfruchtbar gemacht und leiden ein Leben lang. Mittlerweile wehren sich viele Opfer. Die grösste Gender-Klinik Englands, Tavistock, wurde letztes Jahr vom Staat geschlossen. Die Woke-Linken haben nichts aus diesen Erfahrungen im Ausland gelernt. Grotteske Dragqueen-Anlässe sollen Kinder dazu verleiten, ihre «Geschlechtsidentität» zu hinterfragen. Insbesondere möchten die Woke-Linken dieselben gefährlichen chirurgischen Eingriffe auch in der Schweiz vermehrt an Kindern durchführen. Ein entsprechender Vorstoss ist im Kantonsparlament hängig. Das muss sofort aufhören. Die SVP muss in dieser Frage klare Position beziehen. Sie hat die Sympathien der Mehrheit der Bevölkerung auf ihrer Seite. DR

NACHHALTIGKEITSINITIATIVE

Gregor Rutz: Die Zuwanderung sorgt für immer mehr Belastungen

In Oberstammheim zeigte der SVP-Nationalrat und Ständeratskandidat Gregor Rutz auf, dass die unkontrollierte Zuwanderung in die Schweiz immer mehr und breiter zu einer Belastung führt.

«Die Zuwanderung hält an und das Problem lässt sich nicht einfach schnell lösen. Deshalb braucht es klare politische Lösungen», hielt der SVP-Nationalrat Gregor Rutz fest. Dies ist auch auf die aktuelle globale Flüchtlingssituation zurückzuführen. «Aktuell sind weltweit 103 Mio. Menschen infolge von Kriegen auf der Flucht. Etwas mehr als die Hälfte davon flieht entweder im eigenen Land in einen anderen Landesteil oder in ein Nachbarland, weil man rasch wieder zurückkehren will», hielt Rutz fest. Konkret, in Zahlen zu 2021 heisst dies, dass 53,2 Mio. Kriegsflüchtlinge und weitere 5,9 Mio. vor Katastrophen geflüchtete Menschen zu 28 Prozent im eigenen Land geblieben sind, während 72 Prozent in einem Nachbarland gestrandet sind. Trotzdem verzeichnet die Schweiz aktuell rekordhohe Asylzahlen. Doch ein Grossteil flieht nicht vor Krieg, sondern plant, über das Asylrecht einfach einzureisen, um am Wohlstand teilhaben zu können.

Ein grosszügiges Aufnahmeland

Die Zahl der Asylgesuche steigt in der Schweiz massiv an. Wurden 2020 noch deren 11 041 verzeichnet, waren

es 2022 bereits 24 511. Rechnet man die aktuellen Zahlen hoch, so könnte diese Zahl bis Ende Jahr gar bis auf 40 000 klettern. Nach Rutz verfolgt die Schweiz eine sehr grosszügige Praxis. Die Schweiz nimmt im Vergleich zu Italien, Deutschland und Frankreich am meisten Asylanträge für Staatsangehörige aus Afghanistan, der Türkei, Eritrea und Syrien auf. Nur bei den Angehörigen aus Somalia und dem Irak ist Deutschland grosszügiger. Ein noch viel grösseres Problem erkennt Rutz bei den rechtswidrigen Aufenthalten. Im vergangenen Jahr haben die Behörden gesamthaft 52 077 rechtswidrige Aufenthalte festgestellt. Konkret sind dies Personen, welche sich ohne gültige Aufenthaltsgenehmigungen illegal in der Schweiz aufhalten. Hier sprach Rutz gar davon, dass man die Kontrolle fast ganz verloren hat.

Wer da ist, bleibt da

«Wer einmal da ist, der bleibt auch hier», stellte Rutz mit Blick auf den Status F fest. So verzeichnete man Ende November 2022 44 806 vorläufig Aufgenommene, welche über den Ausweis F verfügen. Besorgt zeigte sich Rutz über die neu erstarkte Flücht-

lingsroute über Tunesien und das Mittelmeer. Im vergangenen Jahr verzeichnete man europaweit eine markante Zunahme der Asylgesuche auf 1,050 Mio., was einer Zunahme von 55 Prozent entspricht. «Im europäischen Durchschnitt sind es pro 1000 Einwohner deren 2 und in der Schweiz 2,8 Asylbewerber», rief Rutz in Erinnerung.

Asylverfahren im Ausland

Abschliessend präsentierte Rutz klare Forderungen zur Asylproblematik. Er forderte einen Paradigmenwechsel in der Asylpolitik. Analog zu Grossbritannien ist eine Auslagerung von Asylgesuchen mittels Asylnachbarn anzustreben. Die Bearbeitung der Gesuche hat grundsätzlich an der Schengengrenze zu erfolgen, wie es beispielsweise auch Österreich, Dänemark oder Schweden fordern. Zugleich sind Transitionen zu schaffen, wo Asylgesuche vor der Einreise bearbeitet werden müssen. Rutz plädierte für die Wiedereinführung von Grenzkontrollen, indem man Ausnahmebestimmungen bezüglich des Asylgesetzes im Schengen-Abkommen geltend macht. Zugleich sind die Rückführungen zu intensivieren und wie im Fall Italien



Der SVP-Nationalrat fordert eine härtere Gangart. Bild: ZVG

auch umzusetzen. «Wir müssen auch die gesamte damit verbundene Problematik im Dossier Schengen und Dublin thematisieren und Aussetzungen der Resettlement-Programme prüfen», hielt Rutz abschliessend fest. Konkret sieht er die Entwicklungshilfe als geeignetes Instrument, um Staaten für die Rücknahme wieder verstärkt in die Pflicht zu nehmen. Entsprechende Zahlungen und Hilfeleistungen können davon abhängig gemacht werden. In Sachen Ständeratswahlkampf zeigte sich Rutz sehr zuversichtlich. «Wir haben uns klar das Ziel gesetzt, diesen Sitz zurückzugewinnen», sagte Rutz. Mehr Vertreter der SVP, die aktuell im Rat nur sechs Mitglieder zählt, würden dem Ständerat guttun.

Roland Müller

AUS DEM KANTONS RAT

Rund um den Bau

Zu Beginn der 2. Ratssitzung in der neuen Legislatur stand die Einzelinitiative 460/2022 von Hans-Ueli Wolf betreffend «Sicherstellung der Qualitätssicherung von Minergie-zertifizierten Bauwerken» auf der Traktandenliste. Die Einzelinitiative will nichts anderes als eine staatliche Kontrolle zur Sicherstellung der gesetzlich erforderlichen sowie behördenverbindlichen Leistungsfähigkeit zertifizierter Gebäude und Anlagen.



René Isler
Kantonsrat SVP
Winterthur

Unser Fraktionskollege Peter Schick brachte es auf den Punkt, als er meinte, diese Einzelinitiative würde primär einmal eine zusätzliche Bürokratie verursachen, welche vor allem das Bauen abermals verteuern würde. Minergie zu kontrollieren, mache keinen Sinn. Ganz falsch seien aber die Fragen der Initiative nicht. Der Ansatz davon könnte aber jederzeit mittels einer Anfrage gestellt werden. Und zu guter Letzt müsse die Eigenverantwortung nach wie vor beim Eigentümer liegen und nicht beim Staat.

Noch mehr Subventionen – auch dank FDP

Beim Rahmenkredit 2023–2026 für Subventionen gestützt auf § 16 des Energiegesetzes stand der Antrag 5876a des Regierungsrates dem geänderten KEVU-Antrag gegenüber. In einer äusserst emotionalen Debatte gingen die Wogen äusserst hoch. Sandy Bossert meinte in ihrem Votum klar, dass die grosse Nachfrage nach Subventionen durchwegs positiv sei. Der Regierungsrat habe deshalb den Antrag für einen Rahmenkredit von 68 Millionen für die Jahre 2023–2026 beantragt. Das wären jährlich 15 Millionen pro Jahr, was einer Verdoppelung gleichkomme. Da der Regierungsrat Anfang Jahr in der KEVU auf die Tränendrüse gedrückt und gejammert habe, seien die liberalen FDP abermals eingeknickt und hätten sogar die linke Klima-Allianz links überholt, indem sie abermals hemmungslos nochmals 16 Millionen darauf gepackt haben.

Dass der grüne Regierungsrat über die diese exorbitante Aufstockung seitens der FDP hochfreut war, zeigt, wie weit weg die einstigen Liberalen von Eigenverantwortung der Wohneigentümer sind. Die SVP sei ganz klar gegen eine Erhöhung von 16 Millionen der Subventionen auf 84 Millionen Franken, zumal jede Subvention und jeder

Zuschlag nicht vom Himmel falle, sondern von den Steuerzahlern gestemmt werden müsse! Trotz mahnenden Worten seitens einiger SVP-Sprecher wurden die erhöhten Subventionen von 84 Millionen dank Unterstützung der FDP deutlich angenommen.

«Gender-Tag» sorgt für Diskussionen

Nach heftigen Gefechten und einem Strauss an Fraktionserklärungen wegen der Vorfälle an der Schule in Stäfa ging es nach der Ratspause mit dem Antrag 5872a des Regierungsrates zur Änderung der Immobilienverwaltung weiter. Das Geschäft konnte problemlos über die Bühne gehen, weil sich diese Änderung gemäss Walter Honegger finanziell nicht negativ auswirken wer-de. Dennoch war die SVP-Fraktion klar der Ansicht, dass sich die entsprechenden Direktionen trotzdem vorsichtig im Umgang mit den Vergaben zeigen sollten.

Auch sollte sich die Verwaltung immer ihrer Verantwortung gegenüber den Anbietern bewusst sein und sich bei entsprechenden Vergabe- und Zuschlagskriterien unterordnen, damit die Direktionen auch in Zukunft ver-



Bauthemen standen am Montag gleich mehrfach auf der Traktandenliste.

Bild: Pixabay

lässliche und gerechte Besteller bleiben würden. In der Hoffnung, dass es für das Immobilienamt eine gewisse Entspannung bringen werde und den verschiedenen Direktionen etwas mehr Freiheit und vor allem gewisse zeitliche Einsparungen bringen werde, war die SVP-Fraktion mit der Erhöhung um Fr. 150 000.– einverstanden und stimmte dem Antrag des Regierungsrates zu.

Unbestritten war der Antrag 5852a des Regierungsrates betreffend das Planungs- und Baugesetz. Unsere Fraktionskollegin Barbara Grüter meinte dazu, dass grundsätzlich gesagt werden könne, dass der Weg der vollständigen Digitalisierung auch vor der Baudirektion keinen Halt mache und das Baubewilligungsverfahren künftig vollständig elektronisch geführt werden sollten. Es sei schon heute der Fall, dass zwischen Gemeinde und Kanton dies mehrheitlich so gehandhabt werde. Nun soll auch die Kommunikation bzw. die Verfahrensführung zwischen Baugesuchsteller (u.A.) sowie der Gemeinde zur digitalen Pflicht und im Gesetz verankert werden. Künftig müssen also die Baugesuchunterlagen in elektronischer Form an die Baubehörde eingereicht werden. Im Sinne des Fortschritts und den gegebenen und erarbeiteten Voraussetzungen genehmigte die SVP-Fraktion schliesslich den genannten Antrag.

Beim Antrag 5838 des Regierungsrates bezüglich ökologisch verantwortbarer Gewächshäuser gingen kurz vor Ende der Ratssitzung die ideologischen Wogen nochmals hoch. Hans Egli war klar und deutlich der Ansicht, dass ein Zürich-Finish in der Gewächshausproduktion völlig die falsche Strategie sei.

Das Thema fossilfrei heizen habe die Branche schweizweit schon lange aufgenommen und in der Branchenstrategie bis 2040 100% fossilfrei beschlossen. Zusätzlich habe zum Beispiel die Migros entschieden, auf Ende 2025 nur noch Gewächshaus-Produkte, die fossilfrei produziert werden, zu verkaufen. Das ehemalige Postulat der GLP sei deshalb abzulehnen. Das Geschäft wurde schliesslich als erledigt abgeschrieben.

Daran ist die linksgrüne Bedienmentalität in hohem Mass mitschuldig: Der Staat wird zunehmend als Gehilfe zur Erfüllung jeweiliger Partikularinteressen gesehen.

Deshalb braucht es bürgerliche Politik: Gemeint ist Politik für die Bürger, für ihre individuelle Freiheit und Sicherheit. Die allermeisten Menschen sind in der Lage, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. Dazu braucht es keinen Staat. Unser Land ist ein bürgerliches Land. Bürgerliche Prinzipien wie Freiheit, Unabhängigkeit und Sicherheit haben es wohlhabend gemacht. Wir haben ein einzigartiges politisches System der Machtbegrenzung und Gewaltenteilung, welches diese Prinzipien schützt. Tragen wir alle Sorge dazu.



von
Jörg Sulser

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Anpassung des Planungs- und Baugesetzes macht Weg frei für Digitalisierung



Barbara Grüter
Kantonsrätin SVP
Rorbas

Um das Baubewilligungsverfahren ausschliesslich elektronisch abwickeln zu können, fehlten bisher die gesetzlichen Grundlagen. Mit der Anpassung des Planungs- und Baugesetzes sollen diese nun geschaffen werden.

Die Digitalisierung macht auch vor der Baudirektion keinen Halt und schreit unaufhaltsam voran.

Aus dem Alltag kennen wir das alle, denn das halbe Leben wird beispielsweise bereits über das persönliche Mobiltelefon gesteuert. Dies erleichtert uns im Alltag so einiges.

Nun sollen also auch Baubewilligungsverfahren volldigital geführt werden können. Zwischen Gemeinden, Baubehörden und Kanton wird dies mehrheitlich schon so gehandhabt. Das neue Gesetz wird deshalb möglicherweise auch keine nennenswerten Veränderungen mehr bringen.

Zwischen Baugesuchsteller und Baubehörden wird das Gesetz aber mit Sicherheit Herausforderungen bringen. Künftig besteht nun eine «digitale Pflicht» und die wird im Gesetz so verankert.

Bei der Vernehmlassung zur Vorlage haben etwa die Hälfte der Teilnehmer die rein elektronische Führung des Baubewilligungsverfahrens begrüsst. Die andere Hälfte möchte lieber, dass die Gesuchsteller ihr Vorhaben wahlweise auf dem Papier oder elektronischen Weg einreichen und prüfen lassen können. Dies mit der Begründung, dass noch nicht alle potenziellen Baugesuchsteller über einen Computerzugang, Scanner oder sonstige

Gerätschaft verfügen, die es zur Einlesung der Unterlagen braucht.

Bei einer Volldigitalisierung wird der Papierweg aber künftig nicht mehr möglich sein, da beispielsweise die Verfahrensfristen digital erfasst werden. Ein «gemischtes Verfahren» würde zu doppelten Strukturen führen, die einerseits fehleranfällig und andererseits rechtsverbindlich problematisch wären.

Eine bürgerliche Mehrheit der Kommission für Planung und Bau hat aber beantragt, dass weiterhin noch auf anderem Weg eingereicht werden kann. Auch sollen Baubeschlüsse, die auf der digitalen Plattform nicht «abgeholt» werden, weiter auf dem Postweg zugestellt werden können. Und ganz wichtig: Sämtliche bereits eingereichten Bauverfahren sollen noch in der zuvor eingereichten Form zum Abschluss gebracht werden können. Eine «Nachdigitalisierung» wäre unverhältnismässig.

Zudem wird den Gemeinden und Baubehörden freigestellt, ob sie die Baugesuchsteller bei der digitalen Einreichung der Unterlagen unterstützen wollen, etwa durch Hilfe beim Einlesen von Plänen oder Ähnlichem.

Kleine Tücken werden allerdings bestehen bleiben; ein Farb- oder Materialkonzept beispielsweise lässt sich kaum oder nur sehr schwer am Computer beurteilen. Hier müssen die Baubehörden künftig wohl immer noch auf die altbewährten Mustervorlagen zurückgreifen.

Im Sinne des Fortschritts, den gegebenen und erarbeiteten Voraussetzungen und dem Wissen, dass wenigstens das Handwerk auf dem Bau künftig noch manuell arbeitet, unterstützte die SVP/EDU-Fraktion die mögliche Gesetzesänderung zur Schaffung der Grundlagen der «vollständig elektronischen Bauverfahren» und stimmte der Vorlage zu.

FRAKTIONSERKLÄRUNG DER SVP KANTON ZÜRICH

Gender-Tag in Stäfa: Seismograf schlägt aus

Die SVP-Fraktion bedauert, dass im Zusammenhang mit dem für heute geplanten, jedoch nun abgesagten, sogenannten «Gender-Tag» an der Sekundarschule in Stäfa Lehrpersonal und Schulbehördenmitglieder bedroht wurden. Die SVP-Fraktion distanziert sich von jeglichen Drohungen und Beschimpfungen, die sich ereignet haben.

Wir halten fest: Die Inhalte, welche am «Gender-Tag» hätten behandelt werden sollen, sind vom Lehrplan abgedeckt. Dass sich die Schüler mit Geschlechterrollen, Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung in der Schule auseinandersetzen, ist wichtig und richtig. Tut die Volksschule in Stäfa genau dies, dann macht sie alles richtig.

Das Ganze «Gender-Tag» zu nennen, Gendersterne und ein Transgender-Logo zu verwenden, das geht jedoch nicht. Es ist klar: Hier haben die Verantwortlichen in Stäfa Fehler gemacht. Wir wollen hier keinen Diskurs über die Begriffe «Gender» und «biologisches Geschlecht» abhalten – nur so viel: «Gender» und «Geschlecht» sind in der deutschen Sprache keine Synonyme. Nicht zufällig hat sich im deutschen Sprachraum in den letzten Jahren der Begriff «Gender» verbreitet.

Mit Gendersternen, mit einem Transgender-Logo und dem Begriff «Gender-

Tag» machte die Schule in Stäfa eine explizite Aussage. Ob gewollt oder ungewollt, das können wir nicht beurteilen. Natürlich konnten die Eltern die Sorge haben, dass ihre Kinder mit Transgender-Ideologie und mit dem Hinterfragen des eigenen biologischen Geschlechts konfrontiert würden. Aus diesem Grund wohl hat die Einladung zum «Gender-Tag» ihren Weg in die Öffentlichkeit gefunden.

Natürlich müssen alle schulischen Veranstaltungen stattfinden können, und dies ohne Polizeischutz. Stäfa hat jedoch gezeigt, dass etwas schief läuft. Gendersterne, Gendersprache und die Transgender-Thematik werden seit einiger Zeit von gewissen politischen Parteien, von Medienhäusern, kommunalen Behörden, von Schulen und Hochschulen mit einer Vehemenz vorangetrieben, dass es in der Bevölkerung zu Besorgnis, Unmut und zu Unruhe führt. Und wir wundern uns nun, dass der Seismograf in Stäfa ausgeschlagen hat!

Wir brauchen auch bei diesen Themen eine politische Diskussion, damit sich solche Eruptionen nicht wiederholen. Nicht Eliten sollen den Takt vorgeben oder etwas durchdrücken. Die demokratischen Instrumente sind auch hier der richtige Weg.

WORTE DES 1. VIZEPRÄSIDENTEN IM KANTONS RAT

Den Moloch Staat eindämmen

In den vergangenen fünfzehn Jahren sind die Zahl der Bundesstellen und der Personalaufwand um rund ein Fünftel gestiegen. Zudem ist der Durchschnittslohn in der Bundesverwaltung um 15% auf 126 000 Franken geklettert. Eine Mär bleibt eine Mär, auch wenn sie noch so oft wiederholt wird. Dass der Staat in der Schweiz «kaputtgespart» wird, stimmt offenkundig nicht. Auch muss der Kapitalismus nicht überwunden werden, denn er existiert auch hierzulande nur beschränkt. Der Einfluss des Staats auf allen drei Ebenen dehnt sich vielmehr unaufhörlich aus, wie auch eine neue Studie von Avenir Suisse feststellt.

Werden auch staatlich kontrollierte und staatsnahe Unternehmen wie SBB, Post und Energieversorger und das bloss in Ansätzen marktliberale Gesundheitswesen mit einbezogen, beschäftigt der öffentliche Sektor gemäss Berechnungen der liberalen Denkfabrik 950 000 Personen, in Vollzeitstellen ausgedrückt. Das entspricht fast einem Viertel des Arbeitskräftepotenzials in der Schweiz. Dieser Stellenbestand ist in den vergangenen

zehn Jahren mit 13% Wachstum viel rasanter ausgedehnt worden als derjenige in der Privatwirtschaft mit 8%.

Die wachsende Einflussosphäre des Staats lässt sich auch an der Fiskalquote ablesen. Der Anteil an Steuern und Abgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) mag «offiziell» mit 28% niedrig sein im Vergleich mit Deutschland und Österreich mit 38% und 42%. Im staatlichen Fussabdruck liessen sich allerdings auch die Abgaben für die Pensionskasse und Krankenkassenprämien berücksichtigen, weil obligatorisch. Dann sieht die Fiskalquote der Schweiz mit nahezu 40% nicht mehr schlank aus.

Schliesslich die Subventionen. Sie haben sich seit 1970 inflationsbereinigt versechsfacht. Sie ziehen Fehlrenten nach sich und – wie das Klimaschutzgesetz, das im Juni zur Abstimmung kommt – haben unschöne Mitnahmeeffekte zur Folge: Unterstützung erhalten auch solche, die ohnehin investieren wollen und das selbst finanzieren können.

Der Staat breitet sich auf Kosten der Privatwirtschaft immer mehr aus.



Die SVP des Kantons Zürich
auf Facebook
www.facebook.com/svpzuerich

TRADITIONELLER 1. MAI-ANLASS DER SVP/BGB MEILEN

Unsere Armee ist ausgeblutet

Nicht gerade einladend war das Wetter und trotzdem haben sich auf der Aebleten viele Mitglieder und Interessenten zum traditionellen 1. Mai-Anlass der SVP/BGB Meilen eingefunden. Die beiden Referenten, Nationalratskandidatin Nicole Ward und Nationalrat Mauro Tuena, orientierten kompetent über die kantonale Planung von Windkraftanlagen und die Sicherheitspolitik.

Nach einem Apéro begrüßte der Präsident der SVP/BGB Meilen Adrian Bergmann alle Anwesenden und insbesondere die Referenten sowie Nationalrat Tommy Matter, Gemeindepräsident Dr. Christoph Hiller sowie Kantonsrätin Marion Matter und Nationalratskandidat Adrian Wegmann.

Einleitend stellte er die Referentin, Nicole Ward, von Hinwil vor. Als Gemeindeschreiberin von Wildberg hat sie sich intensiv mit dem Vorgehen der kantonalen Baudirektion bei der beabsichtigten Planung von Windkraftanlagen auseinandergesetzt. Regierungsrat Neukomm setzte alles daran, möglichst schnell die Planungsrichtlinien und Gesetze so anzupassen, dass eine Mitbestimmung der Gemeinden umgangen werden kann. Die Mitwirkung durch die Bevölkerung und die betroffenen Gemeinden sei aber in unserer Demokratie unabdingbar. Die gegenwärtige Vernehmlassung wurde bis jetzt erst von ca. 40 Gemeinden wahrgenommen. Nicole Ward legte in ihrem

Referat die Schwächen der Windkraftanlagen im Vergleich zu anderen alternativen Stromproduktionsanlagen dar. Die Nachteile für Umwelt und Natur, insbesondere Vögel und Fledermäuse sind offensichtlich. Auch eine Visualisierung in der Landschaft sei schockierend auch für viele Bewohner am Pfannenstiel. Sie forderte die Anwesenden auf, sich mit der Thematik auseinanderzusetzen und allenfalls eine Initiative einzureichen, damit die Einwohner mitentscheiden können. Die Vernehmlassungsfrist endet am 31. Mai 2023.

Armee totgespart

Angefangen bei der Jungen SVP hat Mauro Tuena die ganze Ochsentour absolviert. Adrian Bergmann betonte, dass er grossen Respekt habe vor dem Leistungsausweis, den der heutige Präsident der sicherheitspolitischen Kommission in seinem Leben vollbracht hat. Tuenas Auftritte sind souverän und zeugen von politischer Erfahrung

und Bodenhaftung. Mit den Worten, dass ihm der Zustand der Armee grosse Sorgen mache, übergab der Präsident der SVP/BGB Meilen, Mauro Tuena das Wort. Der bestätigte, dass diese nach dem massiven Abbau nicht mehr im Stande sei, unser Land gegen einen konventionellen Angriff nachhaltig zu verteidigen.

Der massive Druck der GSoA und der scheinbare Frieden nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion verleitete auch viele bürgerliche Politiker dazu, der Armee die finanziellen Mittel zu entziehen. Das hatte zur Folge, dass neben der Bestandesreduktion von 600 000 auf 100 000 Mann in allen Bereichen auch die Rüstung massiv reduziert worden ist. Gemäss Armeechef verfügt die Armee nur noch über Munition zu Ausbildungszwecken. Die Armee und die Sicherheit unserer Schweiz wurde sträflich vernachlässigt. Eine Erstellung der nötigen Kampfkraft bedingt gegen 10 Jahre und eine Budgeterhöhung auf mind. 1 bis 2 % des Bruttosozialproduktes von gegenwärtig ca. 0,5 %. Nationalrat Mauro Tuena erläuterte den Anwesenden auch die Arbeitsweise einer parlamentarischen Kommission. Zum Schluss forderte er alle auf, an der bewaffneten Neutralität, die in der Verfassung verankert ist, festzuhalten und nicht der Nato beizutreten.

Zu beiden Themen stellte das Publikum sehr viele, interessante Fragen, welche die beiden Referenten kompetent beantworteten.

Im Anschluss an diese spannenden Referate liessen es sich die Besucher nicht nehmen, am Tag der offenen Weinkeller, viele Weine bei Heiri Bolleter auf der Aebleten zu degustieren. Der Präsident dankte seinem Team und dem Gastgeber für die ausgezeichnete Verpflegung mit Wurst, Häröpfelsalat, Brot und Wein.



v.l.n.r. Adrian Wegmann (Horgen), Adrian Bergmann (Meilen), Nicole Ward, Nationalrat Mauro Tuena, Nationalrat Thomas Matter. Bild: ZVG

SVP WÄDENSWIL

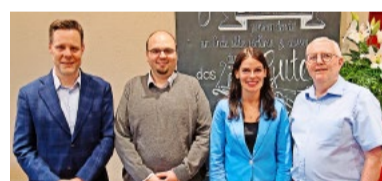
Stabsübergabe bei der SVP Wädenswil

Am vergangenen Freitag hat die SVP Wädenswil ihr Präsidium in neue Hände übergeben. Adrian Biggel übernimmt das Amt von Walter Portmann, welcher die Partei in den letzten 5 Jahren leitete. «Ich freue mich über die Wahl und danke für das mir entgegengebrachte Vertrauen», so Biggel.

Wie die Ortspartei mitteilt, sei der neue Präsident einstimmig und unter grossem Applaus gewählt worden.

Adrian Biggel ist verheiratet und Vater von zwei schulpflichtigen Kindern. Nina Fehr Düsel referierte im Anschluss zu den eidgenössischen Vorlagen für die Abstimmungen vom 18. Juni 2023.

Die Sektion der SVP Wädenswil setzte die JA-Parole bei Umsetzung der OECD-Besteuerung sowie die NEIN-Parolen beim COVID-Gesetz und Klimaschutz-Gesetz.



v.l.n.r.: Adrian Wegmann, Adrian Biggel (neuer Präsident SVP Wädenswil), Nina Fehr Düsel, Walter Portmann (ehemaliger Präsident SVP Wädenswil). Bild: ZVG

IN EIGENER SACHE

Muttertag – Chance zur Imageverbesserung nutzen

Letzten Samstag haben wir von der SVP-Sektion Winterthur Seen zum Muttertag allen Frauen eine Rose geschenkt.



René Isler
Kantonsrat SVP
Winterthur



Die Rosen-Aktion kam gut an Bild: ZVG

Diese Aktion machen wir von unserer Sektion aus schon seit Jahren so. Wir wollen damit einfach unserer Bevölkerung einmal danke sagen, ohne deshalb eine Forderung zu stellen. Diese Rosenaktion kommt jedes Jahr sehr gut an und wir empfehlen allen SVP-Sektionen, auch einmal so eine Aktion zu machen. Kostet nicht die Welt und öffnet Herzen und erhöht das Ansehen unserer Partei allgemein.

GENERALVERSAMMLUNG DES KMU- UND GEWERBEVERBANDES (KGV)

Starke Vertretung der SVP an KMU-Anlass

Am 11. Mai fand die 169. Generalversammlung des KMU- und Gewerbeverbandes (KGV) des Kantons Zürich statt. Unter den mehr als 200 Gästen befanden sich einige unserer Nationalratskandidaten, welche ihr Netzwerk pflegten. So waren auch mit Abstand am meisten Kandidierende der SVP an-

wesend, welche ein offenes Ohr für das Gewerbe des Kantons Zürich hatten und viele Eindrücke mitnehmen konnten, wie sie sich im Parlament in Bern für unsere KMU am besten einsetzen können.

Adrian Wegmann



v.l.n.r. Nina Fehr Düsel, Bruno Walliser, Daniel Wäfler, Werner Scherrer (Präsident KGV), Anita Borer, Ueli Bamert, Adrian Wegmann, Domenik Ledergerber, Thomas Hess (Geschäftsleiter KGV), Susanne Brunner, Romaine Roggenmoser. Bild: ZVG



www.svp-russikon.ch

Standaktion am Samstag

3. Juni 2023
08.30 bis 11.30 Uhr

Besuchen Sie uns am SVP-Stand beim

Spar-mini – Dorfladen, Russikon

Wir informieren zu den Abstimmungsvorlagen vom 18. Juni 2023 und diskutieren Gemeindethemen

Wir freuen uns auf interessante Gespräche

SVP Russikon



Einstehen für die Schweiz



Sessionsrückblick mit Apéro



Alfred Heer
Nationalrat, ZH
Mitglied Europarat



Therese Schläpfer
Nationalrätin, ZH
a. Gemeindepräsidentin

Informationen direkt aus Bern bei einem Apéro

am 23. Mai 2023 ab 18:00

Ort: Ex4Bar; Müllerstrasse 63; 8004 Zürich



Ein Anlass der SVP



GELUNGENER ANLASS IN KÜSNACHT

Wo drückt der Schuh?

Am Donnerstag fand in Küsnacht eine engagierte Veranstaltung mit über 100 Teilnehmern statt. Das Podium teilten sich Nationalrat Roger Köppel, Kantonsrätin Nina Fehr-Düsel, Gemeinderat Adrian von Burg und Gemeinderatskandidatin Lilly Otth.



York-Peter Meyer
Finanzexperte
SVP Küsnacht

Roger Köppel zur Unabhängigkeit der Schweiz

Eingangs hielt Roger Köppel ein engagiertes Plädoyer für die Unabhängigkeit der Schweiz. Er lobte Livia Leu als die «Löwin der Schweizer EU-Diplomatie». Sie war seit 2020 die Schweizer Chefunterhändlerin mit der EU und wird nun Botschafterin in Deutschland. Sie hat bei aller diplomatischen Zurückhaltung gesagt, wie die Dinge um den Rahmenvertrag wirklich sind, und sie hat empfohlen, ihn nicht zu unterschreiben.

Somit ist ihr ist zu verdanken, dass er nicht zustande gekommen ist. Dennoch bleibt die Schweizer Unabhängigkeit gefährdet. Für Politiker ist es bequemer, wenn man von oben entscheiden kann. In Bezug auf die Neutralität stellte Roger Köppel fest, dass die Politik bereit scheint, die Neutralität aufzugeben. Die zuständige Bundesrätin Amherd will Waffen liefern und die RUAG-Chefin ebenfalls. Die Entscheidung wird jedoch beim Volk liegen. Insgesamt soll die Schweiz die Schweiz bleiben und ihre Eigenständigkeit und Unabhängigkeit verteidigen. Sie soll sich in stürmischen Zeiten nicht neu erfinden.

Die SVP vertritt die Interessen des rechten Zürichseeufers

Nina Fehr-Düsel engagiert sich sehr aktiv für kantonale Themen, die Küsnacht besonders betreffen, wie z.B. der geplante Spurabbau der Bellerivestrasse, der Hauptverbindung des rechten Zürichseeufers in die Stadt Zürich. Diese ist bereits überlastet, soll vom Kanton aber leider verengt werden, obwohl der Bezirk auf diese Verbindung angewiesen ist und über keinen Autobahnanschluss verfügt.

Verengung nicht bewilligen

Sie fordert, dass die Kantonspolizei diese Verengung nicht bewilligt und dass der gesamte Küsnachter Gemeinderat und der Gemeindepräsident sich klar gegen das Projekt positionieren. Darüber fordert sie die Beibehaltung der direkten S-Bahn-Verbindung zum Flughafen und den Ausbau des Bahnhofs Stadelhofen. Die SVP ist seit den letzten Wahlen im Küsnachter Gemeinderat nur noch mit Adrian von Burg vertreten. Das soll sich jedoch ändern, tritt Lilly Otth doch bei den Nachwahlen am 18. Juni für die SVP an. Zu ihren politischen Überzeugungen gehört v.a., dass die Schweiz der EU nicht beitreten soll. Im Gemeinderat wird sie konsequent SVP-Themen vertreten, insbesondere niedrige Steuern und angesichts des Bevölkerungswachstums sowohl die Sicherheit in der Gemeinde als auch die kontinuierliche Verbesserung der Infrastruktur.

Linke Indoktrination in der Schule

Grosse Einigkeit herrschte über die Notwendigkeit des Engagements gegen Klimawochen und Gendertage aus der linksextremen Ecke an der Schule. Roger Köppel betonte, dass es sich dabei um institutionalisierte Intoleranz handelt. Auftrag der Schulen ist nicht, neue Opfergruppen zu schaffen. Derartige Sexualerziehung zerstört die klassische Familie. Nina Fehr-Düsel betonte, dass man nicht immer nur von den Minderheiten reden dürfe. Adrian von Burg fragte, wo denn der Unterricht in Schweizer Geschichte bleibt, und betonte, dass es keineswegs ein linkes Monopol auf Soziales, Inklusion und Ökologie gibt.



Aktuelle Themen beschäftigen Politiker und Publikum.

Bild: ZVG

ANGRIFF AUF DIE NATIONALE IDENTITÄT

Die Geschichte verleugnen

Der Nationalrat will auch den 12. September zum nationalen Feiertag erheben. Dieses Datum soll an die Geburtsstunde der Bundesverfassung von 1848 erinnern. Weil falsche Motive dahinterstecken, ist die Idee schlecht und darum abzulehnen.



Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

Mitte-Links kämpft heute nicht mehr für mehr Arbeit, sondern für mehr Freizeit. Sie wollen den Wählern einen weiteren bezahlten Feiertag bescheren – sagen sie. Dabei wird nicht gesagt, dass dies 600 Millionen Franken pro Jahr kosten würde, welche die Bürger bezahlen. Aber den eigentlichen Grund verschweigen sie: Mit der Hervorhebung von 1848 soll ein anderes Jahr aus der Erinnerung fallen – nämlich 1291, das Jahr des Bundesbriefes und die Gründung der Schweizerischen Eidgenossenschaft.

Die Verächter von 1291 vergessen: Das Jahr 1848 war kein geschichtsloser Neuanfang. Die neue Bundesverfassung bedeutete vielmehr eine Bekräftigung des alten Bundes von 1291. Darum heisst es darin wie im

alten Bundesbrief: «Im Namen Gottes, des Allmächtigen.»

Der verantwortliche Schöpfer der neuen Bundesverfassung, Ulrich Ochsenbein, beschwor immer wieder die alten Freiheiten, welche die Ahnen in «heissen Kämpfen» erworben hätten. 1848 war eine nationale Reaktion auf die aussenpolitischen Demütigungen der vorangegangenen Jahrzehnte.

Die Schweiz wollte den Drohungen der europäischen Mächte als selbstbewusste, ebenbürtige Nation gegenüberreten.

Der grosse Historiker Edgar Bonjour sagte es so: «Die Bundesverfassung verdankt ihre gesunde Kraft gerade dem Umstand, dass sie auf dem festen Fundament einer langen und vielfältigen helvetischen Tradition ruht.» Die Nationalratsmehrheit will diese Werte streichen, um der EU und der Nato beitreten zu können und die schweizerische Neutralität preiszugeben. Doch die Schweiz braucht sich ihrer 734-jährigen Geschichte nicht zu schämen!



Die historischen Wurzeln der Schweiz sind Mitte-Links seit Langem unangenehm.

Bild: Wikipedia

JA ZUR SCHWEIZER NEUTRALITÄT

neutralitaet-ja.ch

DIE NEUTRALITÄTSINITIATIVE

- Freiheit und Selbstbestimmung sichern
- Sicherheit, Frieden und Wohlstand bewahren
- Gute bilaterale Beziehungen zu allen Staaten pflegen

Einladung zum
Polit-Lunch

Thema:
«Das Stromfresser-Gesetz und seine Folgen»

mit Nationalrat Alfred Heer

Geschäftsprüfungskommission NR / Subkommission EJPD / BK Präsident

<p>WANN: Mittwoch, 24. Mai 2023 11.45 bis 14.00 Uhr</p>	<p>PROGRAMM: 11.45 Uhr Apéro 12.00 Uhr Mittagessen 13.00 Uhr Referat 13.30 Uhr Diskussion</p>
--	--

WO:
Hotel Restaurant Sonntal
Sonntalstrasse 25
8600 Dübendorf

KOSTEN:
30.00 Fr. pro Person (zahlbar vor Ort)
Apéro, 2-Gang-Menü
- Das Menu wird vom Chef zusammengestellt
- Getränke werden zusätzlich verrechnet

Parkmöglichkeiten: Genügend Parkplätze vor dem Restaurant vorhanden.
ÖV: Von Bahnhof Stettbach Bus- Nr.: 744 / 752 und 754.

Besten Dank für Ihre Anmeldung bis Montag, 22. Mai 2023
an: (bitte bei Menu-Wahl angeben: Fleisch oder vegetarisch)

liebi@schweizerzeit.ch
Schweizerzeit, Postfach 54, 8416 Flaach, Tel: 052 301 31 00

Alle sind herzlich willkommen!
Ihre SVP des Kantons Zürich

Der Polit-Lunch wird im Auftrag der SVP des Kantons Zürich von der Schweizerzeit organisiert.
SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66

Fadegrad



von
Stefan Urech

Ratspräsident im Trägerleibchen

Des Öfteren habe ich mich in dieser Kolumne schon über Gemeinderatsreden von grünen Politikern echauffiert und über deren weltfremde Inhalte berichtet. Ein paar Gedanken des grünen Gemeinderatspräsidenten Mathias Probst zum Ende seiner Amtszeit verdienen jedoch eine Erwähnung an dieser Stelle. Probst, der vor einem Jahr mit dem seit Jahrzehnten schlechtesten Wahlergebnis zum Ratspräsidenten gewählt wurde, war bei den Bürgerlichen seit je her unbeliebt. Mit seiner Kleidung (gelegentlich kurze Hosen, Trägerleibchen und Flipflops), seiner Forderung nach einer autofreien (!) Stadt und mit skurrilen Aktionen wie dem Verspeisen eines Döner Kebaps im Ratssaal eckte er vor seiner Wahl zum Ratspräsidenten an, auch über das bürgerliche Lager hinaus. Erstaunlicherweise leitete der als «extrem» geltende Politiker die Sitzungen souverän und mit wenigen Ausnahmen neutral. Verbalen Angriffen auf seine Person begegnete er jeweils gelassen, gelegentlich mit einer Prise (Selbst-)Ironie oder schrägem Humor. In seiner Abschiedsrede konstatierte er beispielsweise, dass er einige Herzen der Lokalpolitiker über das Essen erobern konnte. Tatsächlich sorgte er dafür, dass an den zahlreichen Sitzungen bis spät in die Nacht, nicht wie seit Jahren die immergleichen Sandwiches, sondern kulinarisch abwechslungsreichere Varianten serviert wurden. Auf den Protest von bürgerlichen Politikern, es werde zu viel Vegetarisches serviert, reagierte er wenig später prompt mit einem Hot-Dog-Stand der Extraklasse. Während seines Jahresrückblicks zeigte sich Probst dann aber auch von seiner ernsthaften Seite und richtete ermahnende Worte an die Ratsmitglieder von links bis rechts. Während seines Amtsjahres hätten diese nämlich über 500 Vorstösse eingereicht, viele davon, so liess er durchschimmern, dienten mehr der Selbstinszenierung als einer nachvollziehbaren Notwendigkeit. Ebenso ermahnte der ehemalige Aktivist der jungen Grünen die linke Ratsmehrheit, ihren Willen nicht mit knappen Mehrheiten durchzupeitschen. Nachdenklich zeigte er sich auch über die vielen Rücktritte aus dem Rat. Zu Recht wies er mit Besorgnis darauf hin, dass mittlerweile der Anteil der Zürcher Gemeinderäte mit einer Amtsdauer von weniger als drei Jahren auf über 50% gestiegen sei. Es brauche nämlich normalerweise mindestens drei Jahre Erfahrung, bis man sich im Ratsalltag sinnvoll einbringen könne, gab er zu bedenken. Am Schluss seiner Rede zog er am Rednerpult sein Hemd aus, das ihm seine Frau nun während eines Jahres aufgezwungen habe, wie er anmerkte, und verabschiedete sich so, wie man ihn vor seinem Präsidiatsjahr kannte: im Trägerleibchen.

FRAKTIONSERKLÄRUNG DER SVP STADT ZÜRICH

Wir danken euch, liebe Polizisten

Ohne Polizei keine Sicherheit. Die Stadtzürcher Polizisten müssen täglich ihren Kopf hinhalten für die Verfehlungen von Politik und Gesellschaft. Dafür gebührt ihnen unser Dank.

Sie haben wohl den anspruchsvollsten, härtesten und gleichzeitig auch erfülltesten Job aller Stadtangestellten: die Frontpolizisten. Den härtesten Job: Sie werden bespuckt, bedroht, mit Steinen, Messer, Molotowcocktails (!) und Fäusten angegriffen. Zum Beispiel hat die linksradikale Gewalt eine «neue Dimension» angenommen (Zitat von Stadträtin Karin Rykart). Freizeitplanung ist für Frontpolizisten kaum zufriedenstellend möglich. Zu viele Überstunden. Zu viele Demonstrationen und vor allem zu viele illegale Demonstrationen, die sie absichern müssen.

Gleichzeitig kann man den Stolz und die Ehrfurcht in den Augen der Polizisten sehen. Stolz, weil sie einen grossen Beitrag für die Gesellschaft leisten. Ehrfurcht, weil sie den Dienst an der Gesellschaft unter Einsatz ihres Lebens leisten. Eine solche Erfüllung erreicht in anderen Berufsfeldern nicht jeder. Die meisten Frontpolizisten dürften dankbar für ihre Arbeit sein. Liebe Polizisten, ob an der Front oder in anderen Abteilungen: Wir, die Zür-

cher Bevölkerung, danken euch herzlich!

Dieser Dank wird auch durch tragische Verkettungen nicht gemildert. Es ist tragisch, dass nach den letzten 1.-Mai-Krawallen eine eingekesselte Person auf einem Auge erblindete. Unter-

Wir, die Zürcher Bevölkerung, danken euch herzlich!

suchungen laufen. Die Person war mutmasslich von einem Gummi-Geschoss getroffen worden. Ursache und Wirkung darf aber nicht vertauscht werden: Die Gewalt geht von den militanten Linksextremen aus.

Wir erinnern uns zum Beispiel an die linksextreme Gewaltorgie vom 1. April 2023: Unter anderem wurde ein Polizist von rund sechs Linksextremen in eine Hausecke gedrängt und von der Gruppe brutal zusammengeschlagen. Sie schlugen und traten auf

den Mann ein. Gemäss der Polizeisprecherin Judith Hödl haben die linksextremen Täter schwerste Verletzungen beim Opfer in Kauf genommen. Gesamthaft haben die Linksextremen al-

lein an diesem Tag sieben Polizisten verletzt.

Nochmals: Liebe Polizisten, ob an der Front oder in anderen Abteilungen: Wir, die Zürcher Bevölkerung, danken euch herzlich, dass ihr unter Einsatz eures Lebens Dienst an der Gesellschaft leistet.



Keine leichte Aufgabe: Die Polizisten müssen die linksextreme und äusserst gewalttätige Antifa in Schach halten.

Bild: Imago

AUS DEM USTERMER GEMEINDERAT

SVP-Parkplatz-Initiative: Stopp dem Feldzug des linken Uster-Stadtrates gegen Parkplätze

Unsere Initiative zum Erhalt der Parkplätze in Uster wurde am vergangenen Montag, 15. Mai, im Gemeinderat behandelt. Sie hat ihren Entstehungsgrund im fortwährenden und systematischen Feldzug gegen Parkplätze, welchen der linke Stadtrat von Uster betreibt.



Benjamin Streit
Gemeinderat SVP
Uster

Die Verkehrspolitik Zürichs gilt dem linken Ustermer Stadtrat als Vorbild. Im Zentrum ersetzte er Parkplätze durch andere Nutzungsarten. Und in den Quartieren strich er bei Strassensanierungen zahlreiche Parkplätze: beispielsweise gleich 17 öffentliche an der Ackerstrasse, obwohl die Situation dort prekär ist. Jüngst wurde eine Parkplatzzählung durch den Stadtrat in Auftrag gegeben und durch den Stadtrat oder genauer gesagt die Steuerzahler bezahlt. Entsprechend fiel das Resultat der Studie aus. Die Zählweise ist teilweise abenteuerlich. So werden Mieterparkplätze mitgezählt

Parkplatz-Initiative statt linke Verkehrsblockade

Unsere Initiative federt die Parkplatzprobleme zu den Spitzenzeiten ab. Der Stadtrat schaut sich aber vorzugsweise den Tagesdurchschnitt an, wo er kein Problem erkennen kann. Es ist auch

den Initianten klar, dass es morgens um 2 Uhr noch freie Parkplätze im Illuster hat. Aber darum geht es ja eben nicht. Eine Gemeinde als hermetisch isolierbare politische Teilaufgabe zu sehen, ist in der Verkehrspolitik weder zielführend noch verantwortungsvoll. Ebenfalls ist die linke Ansicht, dass das Auto für den verhassten Kapitalismus und das abzulehnende Bürgertum steht, kontraproduktiv. Die linke Verkehrsblockade bringt keinen Franken in die Kassen der Unternehmer und keine Güter in die Hände der Kunden.

Der linke Stadtrat von Uster will den Fokus im Verkehr vermehrt auf Fussgänger, Velos und den ÖV legen. Was ihm scheinbar nicht klar ist: Der Mensch hat das Rad erfunden, weil er vorwärtskommen will.

Natürlich möchte der Stadtrat aus Uster eine weitere rotgrüne Oase formen und in diesen möchte man das Auto nicht mehr haben. Leider wird das Geld, welches die Linken in Form von Steuergeldern so gerne einnehmen und noch viel lieber ausgeben, von niemandem mit Velos und Trottnetts verdient. Vielmehr sollte endlich den Tatsachen in die Augen geschaut und faktenbasiert gehandelt werden. Es wird dort eingekauft, wo die Men-

schen hingelangen. Die Linken sollen uns nichts vormachen. Niemand geht zu Fuss einkaufen und trägt zwei oder mehr Einkaufstaschen mehrere hundert Meter oder gar ein paar Kilometer, schon gar nicht bei Regen! Und die paar wenigen, welche den Velokinderanhänger für den «Grosseinkauf» missbrauchen, stellen nicht das Rückgrat dar, auf welches unser Gewerbe und die Einkaufszentren sich abstützen.

Starke Verkaufskonkurrenz

Mit Volketswil, Wetzikon und Hinwil ist die Regionalkonkurrenz sehr stark, was das Einkaufen mit dem Auto betrifft. Negative Signale mit einem systematischen Parkplatzabbau gefährden den Standort Uster nachhaltig. Zudem ist die Zuwanderung, welche bekanntlich von linken Parteien immer noch forciert wird, nach wie vor hoch und mit ihr das Bevölkerungswachstum. Mehr Menschen brauchen mehr Platz, es gibt mehr Wirtschaftswachstum und es wird mehr Verkehrsfläche benötigt und somit bestimmt kein Parkplatzabbau. Leider lehnt die Standortgemeinde Uster alles ab beziehungsweise bekämpft alles, was volkswirtschaftlich Sinn macht. Schliesslich ist

sie eine links geführte Gemeinde und wir haben bis jetzt noch nie ein vom Sozialismus geführtes Gemeinwesen gesehen, welches erfolgreich war, was die Wirtschaftspolitik betrifft. In der Planwirtschaft kurzfristig vielleicht ja, aber langfristig nicht! Zurzeit läuft die Wirtschaft und die Leute arbeiten. Schauen wir, wie lange noch Milch und Honig fliessen.

Der Parkplatzabbau des linken Stadtrates versinnbildlicht den Ustertag von 1830 beispielhaft in der Moderne. Das Handeln des Stadtrates und der linken Ratsseite zeigt klar, dass es absolut Berechtigung hat, den Ustertag jährlich am 22. November zu feiern. Die Randregionen der Stadt Uster inklusive ihrer Aussenwachen sowie der Nachbargemeinden, haben keinen Platz in Uster, wenn es nach der linken Stadtobrigkeit geht.

Um Steuern zu bezahlen, sind sie gerade recht, aber ihre lebensnotwendigen Besorgungen und den Kauf von Konsumgütern sollen sie dann bitte anderswo erledigen. Alle Menschen, welche die Vitalität oder Fähigkeit zu Fuss oder mit dem Velo nicht besitzen, sollen die Möglichkeit haben, ihre Besorgungen in Uster zu erledigen. Und hierzu soll ein geschäftsnahes Parkieren im Zentrum möglich sein.

Debatte im Gemeinderat

Am 15. Mai wurden kurzerhand noch zwei Gegenvorschläge zu unserer Initiative eingereicht. Einer von der FDP/Die Mitte-Fraktion und ein weiterer von der GLP/EVP-Fraktion. Mit 16:15 Stimmen hat der Gemeinderat den Gegenvorschlag der GLP/EVP-Fraktion dem Gegenvorschlag der FDP/Die Mitte-Fraktion vorgezogen, die SVP/EDU-Fraktion unterstützte den FDP/Die Mitte-Fraktion Gegenvorschlag. Den so bereinigten Gegenvorschlag, mit 7:27 Stimmen hat der Gemeinderat inklusive der SVP/EDU-Fraktion abgelehnt und die Volksinitiative mit 15:20 Stimmen abgelehnt.

Unsere Volksinitiative untersteht dem obligatorischen Referendum. Eine Volksabstimmung wird den Entscheid bringen. Die SVP Uster trifft nun die Vorbereitungen für einen erfolgreichen Abstimmungskampf, damit in Uster weiter lokal parkiert und konsumiert werden kann. Wir zählen auf Ihre Unterstützung!



Parkplätze sind im Zentrum von Uster zunehmend Mangelware.

Bild: Wikipedia

KLIMAWANDEL

Spanien: Klimakatastrophe abgesagt

Filmfans besuchen Orte in Südspanien, an denen die berühmten «Spaghetti-Western» gedreht wurden. Sie knipsen Bilder und Selfies an Orten der damaligen Filmszenen. Hunderte Fotos zeigen, dass sich die Vegetation in Südspanien innert fünf Jahrzehnten deutlich verbessert hat.



Martin Bürli
Gemeinderat SVP
Zürich

Eigentlich müssten sie «Paella-Western» heissen und nicht «Spaghetti-Western», wie sie im Jargon genannt werden. Die Wildwestfilme von italienischen Regisseuren in den Sechziger-Jahren wurden berühmt, weil sie das amerikanische Kino in Beschlag nahmen und die klassischen Hollywood-Western cineastisch umformten. Amerikanische Regisseure wie John Ford («Stagecoach») oder Fred Zinnemann («High Noon») begründeten das Filmgenre. Italienische Regisseure wie Sergio Leone («Once Upon A Time In The West») oder Sergio Corbucci («Navajo Joe») übernahmen das Kernmotiv des Wilden Westen, interpretierten Handlung und Ausdruck neu. Die Winnetou-Filme wurden in Kroatien gedreht, die italienischen Wildwestfilme vorwiegend in Spanien.

Semiarides Klima

Auf der Suche nach einer Gegend, die optisch aussieht wie der sprichwörtliche «Wilde Westen» stiessen Filmproduzenten und Regisseure auf die trockene Gegend Almerias in Südspanien. Die Provinz Almeria ist Teil von Andalusien an der spanischen Mittelmeerküste. Im Süden Spaniens herrscht ein subtropisches Wüstenklima, welches Klimaforscher «semiarid» nennen.

Semiarides Klima zeichnet sich aus durch hohe Temperaturen und sehr seltene Niederschläge. Die Gegend von Tabernas in der Provinz Almeria ist semiarid, also eine «Halb-Wüste». Tabernas liegt etwa 20 Kilometer von der Mittelmeerküste entfernt. Hier befanden sich viele Drehorte der italienischen Wildwestfilme. Unweit davon liegt die etwa 280 Quadratkilometer grosse Wüste von Tabernas.

Western-Fans besuchen Original-Drehorte

Viele Filmfans und kino-historisch interessierte Touristen besuchen heute die Drehorte der legendären Filme in Südspanien. Die Einheimischen haben einige der Kulissenstädte gepflegt und erhalten. Diese dienen dem Tourismus und locken Fremde an, die hier in Chaps und Cowboy-Stiefeln originelle Fotos schießen. Ein besonderes Fotomotiv sind Abbildungen von Filmszenen an exakt jenem Ort, an dem sie vor Jahrzehnten gedreht wurden. Diese Fotografien erfreuen die Kinofans. Zudem bilden sie einen unerwartet aussagekräftigen Fundus, um die klimatische Veränderung einzusehen.

Die Filme hatten in den späten Sechziger-Jahren Hochkonjunktur. Einige wenige sind heute noch bekannt, viele hundert Filme sind vergessen. Sie wurden oft möglichst billig in Kulissendörfern abgedreht. Jene, die filmhistorisch



«El Condor», gedreht in Tabernas, in der spanischen Provinz Almeria: Wo der Held 1970 durch eine Halbwüste stolperte, ist 52 Jahre später noch keine Wüste. Bild: Facebook

heute noch bedeutsam sind, wurden sehr aufwendig und sorgfältig produziert. Aus ihnen stammen die besagten Fotosujets. Zwei davon sind hier abgebildet. Sie stammen aus dem Film «El Condor» von Regisseur John Guillermin mit Lee van Cleef und von «Navajo Joe» von Sergio Corbucci mit Burt Reynolds in der Hauptrolle und der Musik von Ennio Morricone. Die Fotos werden auf Facebook-Seiten veröffentlicht, beispielsweise auf der Seite «Once Upon a time – Western in Spain» und vielen anderen. Hunderte Fotografien in dieser Art werden von vielen Filmfans publiziert.

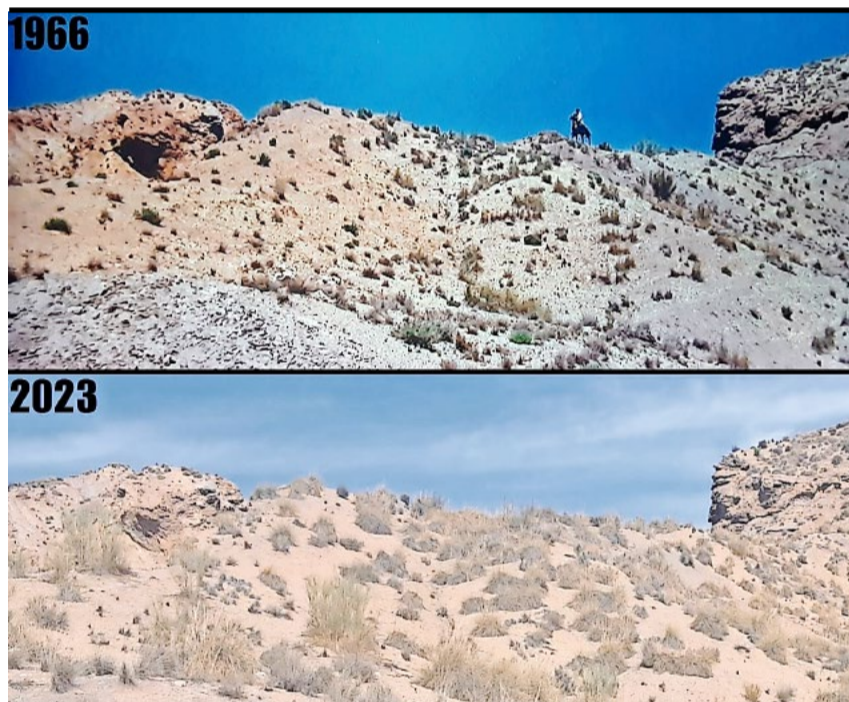
Keine Ausbreitung der Wüste

Hier abgebildet sind zwei Szenen, die in den genannten Filmen vorkommen und am exakt gleichen Ort von einem unbekanntem Filmfan Jahrzehnte später nochmals fotografiert wurden. Die Übereinstimmung der Perspektiven ist am Horizont gut erkennbar. Die Bilder sind bezüglich Vegetation sehr aussagekräftig. Wenn die Klimakatastrophe in vollem Gange wäre, müsste aus dem

semiariden Klima ein arides geworden sein, also entstünde aus der Halbwüste schleichend eine Wüste. Das Gegenteil ist der Fall: Die Pflanzenwelt hat sich positiv entwickelt, sogar stattliche Bäume sind in den 5 Jahrzehnten seit dem Filmdreh gewachsen.

Etwa hundert Kilometer westlich von Tabernas liegt das Dorf Fonelas in der Provinz Granada. Auch hier wurden viele «Spaghetti-Western» gedreht. Eine Foto aus dem Film «Navajo Joe» zeigt den reitenden Helden auf einem Felskamm. Derselbe Felskamm mit Abhang ist 57 Jahre später deutlich dichter besetzt. Gemäss verschiedenen Statistiken hat es in Spanien einige Jahre überdurchschnittlicher Trockenheit gegeben. Dies mag stimmen, aber der angebliche klimatische Wandel lässt sich mit diesen Fotografien keineswegs belegen. Im Gegenteil: Auf hundert Fotos in Facebook ist zu sehen, wie die Halbwüste immer grüner wird.

Weitere Fotografien werden auf der Internetseite der SVP Kanton Zürich veröffentlicht.



Eine Aufnahme aus dem Film «Navajo Joe» (Deutscher Titel «Kopfgeld: Ein Dollar») gedreht in Fonelas, Provinz Granada in Spanien. Die Vegetation hat sich zwischen 1966 und 2023 deutlich verbessert. Bild: Facebook

LESERBRIEF

Mehr vom Gleichen führt zu gleichem Ergebnis

Unser Strom ist historisch teuer. Gleichzeitig ist die Versorgungslage historisch schlecht. Noch vor einem halben Jahr hat der Bundesrat die Bevölkerung in Werbespots gebeten, beim Kochen doch bitte Pfannendeckel zu verwenden. Zum ersten Mal in der Geschichte betreibt die Schweiz ein Ölkraftwerk in Birr.

Der Nationalrat hat kürzlich Subventionen für neu zu erstellende Gaskraftwerke beschlossen. Elektrizität ist also rar – nicht nur in der Schweiz, sondern in ganz Europa. Es ist das logische Resultat der bisherigen Energiepolitik. Dabei muss allen Beteiligten klar sein, dass es absolut unmöglich ist, mit wetterabhängigen Energieformen (Solar, Wind, Wasser) eine Versor-

gungssicherheit herzustellen. Mit dem Energiegesetz, über das wir am 18. Juni abstimmen, würde dieser Irrweg fortgesetzt.

Mit einem Zwang zu höherem Stromverbrauch für Heizung, Mobilität, Industrie und Gewerbe verschärft sich das Problem. Und damit ist auch klar: Das neue Gesetz führt zu noch höheren Preisen für Strom, der künftig zudem substanzial aus Öl- und Gaskraftwerken kommen würde. Ich sage aus Überzeugung NEIN zum Stromfressergesetz! Denn wie Albert Einstein schon wusste: «Verrückt ist, immer wieder dasselbe zu tun und andere Ergebnisse zu erwarten.»

Peter Ruoss, Präsident SVP Niederglatt

Sommer-Grillabend SVP Bezirk Meilen



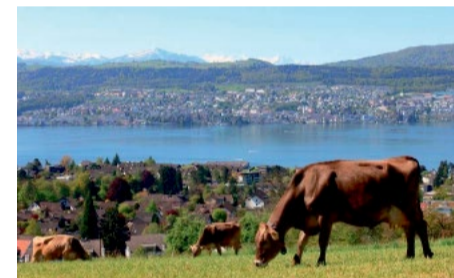
schöne Lage - gute Gesellschaft - spannende Gäste - feines Essen

Peter Pfändler, Kabarettist und Moderator präsentiert unsere Trümpfe für Bern auf die etwas andere Art!

Für den Ständerat **Gregor A. Rutz**

Für den Nationalrat

- **Thomas Matter**, Nationalrat, Meilen
- **Domenik Ledergerber**, Kantonsrat/Präsident SVP Kanton ZH, Herrliberg
- **Nina Fehr Düsel**, Kantonsrätin, Küsnacht



Wann 22. Juni 2023, ab 18.00 Uhr
Wo auf dem **Schlattgut** in **Herrliberg**
Kosten Fr. 60.- (inkl. Apéro und Nachtessen, Getränke vor Ort bezahlbar)
Anmeldung mit Angabe der Namen und durch Einzahlung bis spätestens 15. Juni 23
 IBAN CH25 0900 0000 8005 2149 0
Parkplätze beim Schlattgut, Schlattstr. 67, 8704 Herrliberg
Bei Fragen zur Einzahlung: Benno Müller, info@sunnmatt-lodge.ch
 zum Ablauf: Theres Weber-Gachnang, t.f.weber@bluewin.ch

Wir freuen uns auf einen schönen, feinen und interessanten Sommerabend!

Dubi Sinovic, Präsident SVP Bezirk Meilen

SVP-Polit-Apéro SVP Züri 11

Wir laden Sie freundlich ein zu unserem politischen Diskussions-Forum. Der Anlass ist öffentlich. Alle sind herzlich willkommen!

Freitag, 26. Mai 2023, ab 18.00 Uhr mit



Dr. Nina Fehr Düsel
Kantonsrätin SVP Zürich

Krisenzeit – wie weiter?

Ort: Im Hotel / Restaurant Landhus
Katzenbachstrasse 10, 8052 Zürich
(Endstation Seebach)

Programm: ab 18.00 Uhr Eintreffen
18.15 Uhr Referat
18.45 Uhr Fragen und Diskussion
19.15 Uhr geselliges Beisammensein



Das Komitee «Rettung Werkplatz Schweiz» unter Vorstiz von Kurt Zollinger in Stäfa setzt sich für die Erhaltung der Schweiz als attraktiven Wirtschaftsstandort ein. Der folgende A4-Flyer wird an alle 4.5 Millionen Haushaltungen in der Schweiz versandt!

Komitee Rettung WERKPLATZ SCHWEIZ

Mai 2023

Das sogenannte Klimaschutzgesetz ist in Wahrheit ein Verarmungs- und Verbotsgesetz.

Es führt zu deutlich höheren Heiz- und Stromkosten, höheren Mieten und Nahrungsmittelpreisen. Autofahren können nur noch Reiche. Wir verarmen. Unsere Industrie ist wegen zu hoher Energiekosten nicht mehr konkurrenzfähig und Tausende verlieren ihren Arbeitsplatz. Es zerstört Natur und Landschaft. Es bedroht uns mit Stromausfällen. Wir werden im Winter frieren. Es kostet uns lt. Berechnungen der ETH Lausanne annähernd 400 Milliarden Franken.

Dies alles geschieht, weil seit Jahren Panikmache betrieben wird, hauptsächlich von amerikanischen Milliardären, die mit der Angst riesige Geschäfte machen. Sie finanzieren die Kampagnen von Organisationen, welche Versicherungen und Pensionskassen unter Druck setzen, in ihre Projekte zu investieren. Sie beeinflussen opportunistische Politiker, die wiederum Herden von sogenannten Klimawissenschaftlern mit aus Steuergeldern finanzierten «Forschungsprogrammen» mästen.

Das Ergebnis sind Panik erzeugende theoretische Klimamodelle, die schon an der Klimageschichte scheitern. Deshalb scheuen sie nicht davor zurück, die klimageschichtlichen Daten zu fälschen, wie zum Beispiel mit der Unterschlagung der mittelalterlichen Warmzeit.

Alle diese Modelle behaupten, dass von Menschen erzeugtes CO₂ die Hauptursache der Erwärmung sei. Dabei gehen namhafte seriöse Wissenschaftler davon aus, dass dieses eine kaum messbare Wirkung hat, sondern andere Faktoren, auf die wir keinen Einfluss haben. Leider verschweigen das die Medien.

Die nach fünfhundertjähriger Kaltzeit seit etwa zweihundert Jahren wirkende allmähliche Erwärmung fördert den Pflanzenwuchs und die Nahrungsproduktion. Sie stellt überhaupt keine Bedrohung dar. Und CO₂ ist der wichtigste Baustein aller Pflanzen.

Wollen Sie wirklich durch ein so unnötiges, schädliches Gesetz zu armen Leuten werden, von Stromausfällen bedroht werden, im Winter frieren, unser schönes Land verschandeln, den Deutschen jeden Unsinn nachmachen?

Wenn Sie das nicht wollen, dann stimmen Sie am 18. Juni mit NEIN gegen das «Klimaschutzgesetz».

Freundliche Grüsse

Komitee Rettung Werkplatz Schweiz – 8712 Stäfa

www.rettungwerkplatzschweiz.ch / info@rettungwerkplatzschweiz.ch

Spenden an: Zürcher Kantonalbank – IBAN CH17 0070 0114 8080 3509 8

SVP DIGITAL

Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.

In den Sumpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.

Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von NR Roger Köppel.

SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden Kommentar!

Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.

Niederglatt. Nationalräte und Kantonsräte sind anwesend.

Bezirk Meilen
Donnerstag, 22. Juni 2023, 18.00 Uhr, Grillabend, Schlattgut, Schlattstrasse 67, Herrliberg, mit Nationalrat Thomas Matter und den Kantonsräten Nina Fehr Düsel und Domenik Ledergerber. Informationen und Anmeldung unter t.f.weber@bluewin.ch.

Bezirk Meilen/Oetwil am See
Samstag, 20. Mai 2023, 18.30 Uhr, Generalversammlung, Apéro ab 17.30 Uhr, Restaurant Sternen, Esslingerstrasse 1, Oetwil am See. Anschliessend Referat von Kantonsrätin Marion Matter.

Bezirk Pfäffikon/Russikon
Samstag, 3. Juni 2023, 08.30 bis 11.30 Uhr, Standaktion, beim SPAR mini, Kirchgasse 1, Russikon.

Freitag, 9. Juni 2023, 17.30 Uhr, Feierabendbier und Wurst, TCS-Parkplatz Bläsi-mühle, Russikon. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp-russikon.ch.

Freitag, 8. September 2023, 18.30 Uhr, SVP-Herbst-Party, Schützenhaus, Russikon, mit Kantonsrätin Romaine Rogenmoser. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp-russikon.ch.

Stadt Zürich
Samstag, 17. Juni 2023, 10.00 bis 13.00 Uhr, Generalversammlung, FIFA Museum AG, Seestrasse 27, beim Bahnhof Zürich-Enge, mit Nationalrat Gregor Rutz.

Stadt Zürich/Kreis 7 und 8
Samstag, 20. Mai 2023, 10.00 bis 12.00 Uhr, Standaktion, Kreuzplatz, Zürich.

Samstag, 27. Mai 2023, 10.00 bis 12.00 Uhr, Standaktion, Zentrum Witikon, Zürich.

Samstag, 3. Juni 2023, 10.00 bis 12.00 Uhr, Standaktion, Kirche Fluntern, Zürich.

Samstag, 10. Juni 2023, 10.00 bis 12.00 Uhr, Standaktion, Höschgasse, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 9
Samstag, 27. Mai 2023, 09.00 bis 11.00 Uhr, Standaktion, Lindenplatz, Zürich-Altstetten.

Samstag, 3. Juni 2023, 09.00 bis 11.00 Uhr, Standaktion, Lindenplatz, Zürich-Altstetten.

Samstag, 10. Juni 2023, 09.00 bis 11.00 Uhr, Standaktion, A-Park, Zürich-Albisrieden.

Stadt Zürich/Kreis 10
Samstag, 20. Mai 2023, 10.00 bis 12.00 Uhr, Standaktion, Röschiachplatz, Zürich-Wipkingen.

Samstag, 3. Juni 2023, 10.00 bis 12.00 Uhr, Standaktion, Kappenbühlweg, Zürich-Höngg.

Samstag, 10. Juni 2023, 10.00 bis 12.00 Uhr, Standaktion, Röschiachplatz, Zürich-Wipkingen.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer

ISSN 1660-6701
ISSN 2296-3480

Der Zürcher Bote

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich Fr. 73.– + 2,5 % MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/Zürcherbauer/inserate.aspx. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, bauernverband@zbv.ch.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Mattia Mettler, Telefon 044 217 77 68. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zuercher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Erscheint jeden Freitag. **Insertenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Mattia Mettler, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, inserate@svp-zuerich.ch. **Insertenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Layout:** cube media, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, CH-5001 Aarau.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Stadt Zürich/Kreis 11
Freitag, 26. Mai 2023, 18.00 Uhr, SVP-Polit-Apéro, Hotel/Restaurant Landhus, Katzenbachstrasse 10, Zürich-Seebach, mit Kantonsrätin Nina Fehr Düsel. Thema: Krisenzeit – wie weiter?

Samstag, 3. Juni 2023, 09.00 bis 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 10. Juni 2023, 09.15 Uhr, Besichtigung Flughafen Zürich, Treffpunkt 2 (Pass oder ID mitnehmen). Anmeldung bis 31. Mai 2023 an peter.schick@bluewin.ch. Anschliessend Apéro.

Mittwoch, 24. Mai 2023, 11.45 bis 14.00 Uhr, Polit-Lunch, Hotel Restaurant Sonntal, Sonntalstrasse 25, Dübendorf, mit Nationalrat Alfred Heer. Thema: «Das Stromfresser-Gesetz und seine Folgen». Kosten: 30 Franken, zahlbar vor Ort. Anmeldung (mit Wahl Fleisch oder Vegi) an liebi@schweizerzeit.ch.

Samstag, 26. August 2023, 10.30 bis 14.30 Uhr, Wahlaufakt der SVP Schweiz, Swiss Life Arena, Vulkanstrasse 130, Zürich.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach/Bachenbülach
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, im UG Restaurant «Vis-à-Vis», Zürichstrasse 47, Bachenbülach.

Bezirk Bülach/Embrach
Jeden letzten Sonntag im Monat, von 11.00 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant «La Torre», Dielsdorf.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Birmensdorf.

Bezirk Horgen/Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Meilen/Stäfa
Jeden zweiten Dienstag im Monat, von 19.00 bis 22.00 Uhr, Gasthof zur Sonne, Seestrasse 37, Stäfa.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, von 11.00 bis 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 17.30 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-uster.ch.

Stadt Winterthur
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Jeden Samstag, 11.00 bis 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant «Schwamedinge», Schwamendingerplatz 2, Zürich.

Junge SVP Kanton Zürich
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

Bezirk Affoltern/Bonstetten
Dienstag, 23. Mai 2023, 19.30 Uhr, Abstimmungspodium, Gemeindesaal Bonstetten, u.a. mit den Nationalräten Thomas Matter und Mauro Tuena.

Dienstag, 31. Oktober 2023, 19.30 Uhr, Referat zur Neutralitätsinitiative, Gemeindesaal Bonstetten, mit alt Bundesrat Christoph Blocher.

Bezirk Bülach
Dienstag, 23. Mai 2023, 19.00 bis 19.45 Uhr, Abstimmungspodium, Susann's Beizli, Hueb, Oberembrach, u.a. mit den Kantonsräten Romaine Rogenmoser und Christian Pfaller. Anschliessend Apéro und Delegiertenversammlung.

Bezirk Dielsdorf/Niederglatt
Freitag, 16. Juni 2023, bis Sonntag, 18. Juni 2023, SVP-Stand am Dorffest, Dorfplatz,

SVP-VERANSTALTUNGEN

Podium zur Abstimmung vom 18. Juni:

Energiesicherheit zerstören?

Dienstag, 23. Mai 19 bis 20 Uhr, anschliessend Apéro

Susann's Beizli, Hueb, Oberembrach

Romaine Rogenmoser
Kantonsrätin SVP, Bülach

Jörg Mäder
Nationalrat GLP, Opfikon

Gesprächsleitung
Christian Pfaller, Kantonsrat SVP

Liste 1 wählen



Kantonale Volksinitiative
«Gemeinsam vorwärtskommen auf Hauptverkehrsachsen – Ruhe im Quartier»
Mobilitätsinitiative

Damit der Verkehr fließen kann und Ausweichverkehr in die Quartiere vermieden wird, darf auf Hauptverkehrsachsen die signalisierte Geschwindigkeit nicht reduziert werden.

Jetzt unterschreiben!

Bogen herunterladen:
mobilitaetsinitiative-zh.ch

